



Rückbezüge

Die Ukraine – vollständig von Russland geschaffen. Die TV-Ansprache des russischen Präsidenten Wladimir Putin vom Abend des 21. Februar 2022 (Teil 1)

SEITEN 12/13

2.000 Abos für die Pressefreiheit! Bestellen auf jungewelt.de/abo

GEGRÜNDET 1947 · MITTWOCH, 23. FEBRUAR 2022, NR. 45 · 1,90 EURO (DE), 2,10 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Protestnote überreicht

Gesundheitsminister Lauterbach

2 erhält Tausende Unterschriften gegen Klinikschließungen

Aufstand abgewürgt

Wie die »Volksrepubliken« im

3 Donbass entstanden, was aus ihnen geworden ist

Russland schuld

Ruf nach Sanktionen: Nach Putins

4 Rede gehen NATO-Freunde in der Linkspartei in die Offensive

Toleranz extrem

Schweiz: Regierung will kein Verbot

15 der Symbole des deutschen Faschismus einführen

Putin erzwingt Frieden

Waffen schweigen in Donbass-»Republiken« unmittelbar nach deren Anerkennung durch Russland. Lage in Ostukraine bleibt angespannt. **Von Arnold Schölzel**

Kurz nach der Anerkennung der »Volksrepubliken« Donezk und Lugansk durch Russland sei der »Beschuss« abgeklungen, und in den Hauptstädten ist es still geworden. Das berichtete die ukrainische Nachrichtenseite *strana.ua* am Montag kurz vor Mitternacht. Die Situation blieb aber gespannt. Am Nachmittag teilte die Lugansker Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes (JCCC) mit, dass um 15.15 Uhr Ortszeit ein Soldat der Volksmiliz durch Feuer der ukrainischen Streitkräfte (AFU) getötet worden sei. Sie hätten in Richtung einer Siedlung geschossen.

Seit dem Morgen des 17. Februar war die Lage an der sogenannten Kontaktlinie im Donbass eskaliert. Die »Volksrepubliken« meldeten den stärksten Beschuss durch die Ukraine in den letzten Monaten. Am 18. Februar wurde die Evakuierung der Einwohner von Donezk und Lugansk nach Russland angekündigt, und am 19. Februar begann eine allgemeine Mobilisierung.

Nach der einstimmigen Ratifizierung der Anerkennung beider Republiken durch die russische Staatsduma am Dienstag erklärte der Chef der »Volksrepublik« Lugansk (LNR), Leonid Paseschnik, im russischen Sender *Rossija 24*, man habe sich am Rande einer humanitären Katastrophe befunden und nur dank der Maßnahmen Russlands überlebt. Nach seiner Überzeugung werde »die Unterzeichnung dieser Verträge und ihre Umsetzung unserem Land Frieden und Ruhe bringen«. Vielleicht nicht in naher Zukunft, »denn der Feind ist leider heimtückisch und muss noch bekämpft werden«. Er sei aber »zuversichtlich, dass der Beschuss



Putin unterzeichnet am Montag ein Dokument zur Anerkennung der Unabhängigkeit von Donezk und Lugansk

aufhören wird, dass die Tötung von Zivilisten aufhören wird, dass die Soldaten der Volksmiliz nicht mehr getötet werden und dass der Beschuss der zivilen Infrastruktur aufhören wird.«

Nach Angaben aus Moskau und Donezk sind keine russischen Soldaten in die Ostukraine eingerückt. Der Chef der »Volksrepublik« Donezk, Denis Puschilin, erklärte, man wolle nur dann auf die Möglichkeit militärischer Hilfe zurückgreifen, wenn es nötig sei. Es gebe weiter Beschuss von ukrainischer Seite. Deshalb würden auch weiter Menschen in Russland in Sicherheit gebracht. Russlands Vizeaußenminister Andrej Rudenko sagte in Moskau: »Derzeit

will niemand irgendwas irgendwohin verlegen«, betonte aber: »Sollte es eine Bedrohung geben, dann werden wir natürlich Beistand leisten – in Einklang mit dem ratifizierten Vertrag.«

Der russische Präsident Wladimir Putin wies am Dienstag »Spekulationen« zurück, wonach »Russland das Imperium innerhalb seiner eigenen imperialen Grenzen wiederherstellen« wolle. Das stimme mit der Realität nicht überein. Sein Land habe nach dem Ende der Sowjetunion die neuen geopolitischen Gegebenheiten anerkannt und arbeite »selbst in akuten, sehr akuten Situationen wie zum Beispiel dem Friedensprozess in Berg-Karabach«

immer sehr vorsichtig und unter Berücksichtigung der Interessen aller beteiligten Staaten. Im Fall der Ukraine sei das nach dem Staatsstreich von seiten der Putschisten »nicht mehr gegeben«.

Dienstag nachmittag berichteten Nachrichtenagenturen, der russische Föderationsrat habe auf Antrag Putins beschlossen, Truppen im Donbass zu stationieren. Russland bleibe keine andere Wahl, hieß es zur Begründung. Die Menschen im Donbass müssten geschützt werden. Russland werde die territoriale Integrität der beiden Provinzen schützen und sie gegen Aggression von außen verteidigen.

EU-Asylagentur: 2021 mehr als 600.000 Anträge

Valletta. Die Zahl der Asylanträge in Europa hat nach EU-Angaben wieder das Niveau von vor der Coronapandemie erreicht. Rund 617.800 Anträge auf internationalen Schutz gingen 2021 bei den Behörden ein und damit ein Drittel mehr als 2020, wie die EU-Asylagentur EUAA am Dienstag mitteilte. Die Zahlen aus dem vergangenen Jahr lagen damit etwa auf dem Niveau zwischen 2017 und 2019, wie die in Malta ansässige EU-Behörde weiter erklärte. Sie beziehen sich auf die 27 EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegen und die Schweiz. Die meisten Anträge stellten demnach Menschen aus den Kriegsländern Afghanistan und Syrien. Afghanen reichten 2021 rund 97.800 Anträge ein, ungefähr doppelt so viele wie im Vorjahr. Mit etwa 106.000 Gesuchen stellten Menschen aus Syrien die größte Gruppe. Ein Flüchtlingsstatus oder Anspruch auf subsidiären Schutz wurde in etwa 35 Prozent der Fälle anerkannt. (dpa/jW)

Lambrecht: Mehr Truppen an die Ostflanke



Rukla. Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) hat am Dienstag die in Litauen stationierten deutschen Soldaten der NATO-Streitkräfte besucht. Dabei hat sie vor dem Hintergrund der sogenannten Ukraine-Krise eine weitere Aufstockung des Bundeswehr-Kontingents in Aussicht gestellt. Deutschland sei »bereit, weitere Kräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft zur Verstärkung bereitzustellen. Wir sind gerade dabei, das intensiv zu prüfen«, sagte die Ministerin beim Besuch auf dem Militärstützpunkt Rukla. Die Bundeswehr führt seit 2017 einen gegen Russland gerichteten NATO-Gefechtsverband in Litauen. Die Bundesrepublik hat ihre Truppen in dem an die russische Exklave Kaliningrad sowie an Belarus, Russlands Verbündeten, grenzenden EU- und NATO-Staat erst kürzlich von 550 Soldaten auf rund 900 aufgestockt. (dpa/jW)

Neue Sanktionsrunde gegen Moskau

Ukraine-Konflikt: EU präsentiert drastische Maßnahmen. Berlin stoppt Zertifizierung von Nord Stream 2

Angesichts der Eskalation des Konflikts in der Ostukraine hat der Westen neue weitreichende Sanktionen gegen Moskau beschlossen. Die EU-Kommission präsentierte am Dienstag den Mitgliedstaaten einen Entwurf mit entsprechenden Maßnahmen. Demnach will Brüssel den Handel mit russischen Staatsanleihen in der EU verbieten sowie mehrere hundert Personen und Unternehmen in die Sanktionsliste der Union aufnehmen. Betroffen sind rund 350 Abgeordnete des russischen Parlaments,

die für die Anerkennung der »Volksrepubliken« Lugansk und Donezk gestimmt haben, sowie Banken, die in der Ostukraine Geschäfte machen. Außerdem sollen die Freihandelsregelungen der EU mit der Ukraine nicht mehr für die Gebiete in der Ostukraine gelten.

Zuvor hatte der britische Premierminister Boris Johnson angekündigt, fünf russische Banken und Staatsbürger mit Sanktionen zu belegen. Deren Vermögen in Großbritannien würden eingefroren und Reisen nach Großbritannien unterbunden. Das sei

nur die »erste Tranche an Sanktionen«, betonte Johnson am Dienstag im Parlament in London. Der Premier forderte zudem die Europäische Fußballunion UEFA auf, das in diesem Jahr in St. Petersburg stattfindende Champions-League-Finale in eine andere Stadt zu verlegen.

Geradezu enthusiastisch reagierte Washington auf die Entscheidung der Bundesregierung, die Zertifizierung der Pipeline Nord Stream 2 zu stoppen. »Wir haben uns im Lauf der Nacht eng mit Deutschland abgestimmt und begrüßen die Ankündigung«, erklärte

US-Regierungssprecherin Jennifer Psaki am Dienstag auf Twitter. Die US-Regierung wollte noch im Laufe des Tages (nach jW-Redaktionschluss) weitere Strafmaßnahmen gegen Russland vorlegen. Der stellvertretende Leiter des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, warnte unterdessen vor den Folgen des Stopps der Ostseepipeline: »Na dann, willkommen in einer neuen Welt, in der die Europäer bald 2.000 Euro für 1.000 Kubikmeter Gas bezahlen werden«, schrieb Medwedew auf Twitter.

Raphaël Schmeller

jW wird herausgegeben von 2.586 Genossinnen und Genossen (Stand 17.2.2022)
www.jungewelt.de/lpg

